

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwin

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d

Inhalt

Herbert Schnoor fordert die Bundesregierung auf, die Sozialhilfe für Dauerarbeitslose zu übernehmen: Städte können nicht länger die Wende-Last tragen.

Seite 1

Willibald Moser MdL wirft der bayerischen Staatsregierung vor, das Grenzland abzuhängen: Schweigen über eine Problemregion.

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB kommentiert die Auswirkungen der Bonner Wohnungsbaupolitik: Die Mieten steigen weiter.

Seite 4

Ulrich Maurer MdL setzt sich mit Äußerungen des baden-württembergischen Kultusministers auseinander: Ein Versuch, die braunen Schatten auszulöschen.

Seite 5

42. Jahrgang / 189

5. Oktober 1987

Bonn muß Sozialhilfe für Dauerarbeitslose übernehmen

Die Städte können nicht länger die Folgen der Wende-Politik kompensieren

Von Herbert Schnoor
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Bund muß Städten und Gemeinden endlich die Sozialhilfe für Dauerarbeitslose finanzieren. Der ungebremsste Anstieg der kommunalen Sozialleistungen aufgrund der steigenden Zahl von Dauerarbeitslosen kann nicht länger hingenommen werden. Da die Bundesregierung mit ihrer Wirtschafts- und Steuerpolitik für die Spitzenverdiener es nicht geschafft hat und auch nicht schaffen wird, die Arbeitslosen von der Straße zu bringen, soll sie die selbst eingebrockte Suppe auch auslöffeln. Für Dauerarbeitslose war die kommunale Sozialhilfe nämlich ursprünglich überhaupt nicht gedacht. Arbeitslosenunterstützung war immer Bundes-sache, inzwischen ist aber jeder vierte Sozialhilfeempfänger arbeitslos.

Nach einer aktuellen Übersicht über die sich wieder verschlechternde Situation der kommunalen Haushalte 1987 in Nordrhein-Westfalen haben die Städte und Gemeinden in diesem Jahr landesweit ein voraussichtliches Defizit von insgesamt 808,4 Millionen DM (1986: 518 Millionen) zu verkraften. Im 1. Halbjahr 1987 stiegen die Ausgaben der Kommunen um sieben Prozent, während die Einnahmen nur um vier Prozent zunahmen.

Diese Entwicklung bei den kommunalen Finanzen bereitet uns Sorgen. Vor allem der unaufhaltsame Anstieg der Sozialleistungen belastet Städte und Gemeinden in unzumutbarem Umfang. Zwischen 1982 und 1986 sind die kommunalen Sozialleistungen in Nordrhein-Westfalen von 7,1 Milliarden DM auf 9,4 Milliarden DM in 1986 kräftig nach oben geschneit (+ 32 Prozent); allein in den vergangenen zwei Jahren jeweils um zehn Prozent. Und ein Ende ist nicht in Sicht: Im ersten Halbjahr 1987 wuch-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermögens Umfang
mit wertvollen Nachrichten
Recherche-Papier



sen die Ausgaben erneut um 452 Millionen DM (+ 9,9 Prozent) gegenüber dem Halbjahresergebnis des Vorjahres. Experten erwarten, daß die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahresende über zehn Milliarden DM für soziale Leistungen ausgeben.

Ausdrücklich weise ich auf die jüngsten Feststellungen der Deutschen Bundesbank hin, wonach vor allem mehr Arbeitslose kommunale Sozialhilfeleistungen beanspruchen. Sofern der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nur gering war, ein solcher Anspruch überhaupt nicht bestand oder die Bezugdauer ausgeschöpft war, mußten Betroffene oftmals Sozialhilfe als alleinige oder das Arbeitslosengeld beziehungsweise die Arbeitslosenhilfe ergänzende Unterhaltssicherung in Anspruch nehmen. Mit diesen Feststellungen bestätigte nunmehr auch die unabhängige Bundesbank die auch mehrfach bereits von Nordrhein-Westfalen beklagte Tatsache, daß die kommunale Sozialhilfe immer stärker zum Ausfallbürgen für das bundesweite Problem der Arbeitslosigkeit wird.

Die zum 1. Juli 1987 beschlossene Verbesserung der Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da hiermit nicht einmal alle früher von der heutigen Regierung beschlossenen Einschränkungen zum Arbeitsförderungsgesetz wieder korrigiert wurden. Deshalb ist es scheinheilig von der Bundesregierung, dies als einen erheblichen Erfolg darzustellen.

Die durch die Arbeitslosigkeit entstandenen Strukturprobleme bei der Sozialhilfe wurden in der Vergangenheit noch durch Zuwächse bei den Steuererträgen überdeckt. Doch damit wird durch die zweite Stufe der Steuerreform 1986/88 und dem Vorziehen von Teilen der beabsichtigten „großen“ Steuerreform auf 1988 schon im nächsten Jahr endgültig Schluß sein. Dann wird sich die Schere zwischen unvermeidbaren Ausgabensteigerungen und den dann fehlenden Einnahmesteigerungen in den Städten und Gemeinden noch weiter öffnen. Für 1988 ist ein weiteres Ansteigen der Defizite in den kommunalen Haushalten vorauszusehen.

Die Finanzen der Städte und Gemeinden stehen damit vor einem bedeutenden Wendepunkte. Dunkle Wolken am Horizont künden erneut für die Bürger schmerzliche Sparmaßnahmen an, die sich auf alle Bereiche der kommunalen Aufgaben auswirken werden. Auch die Investitionen müßten bedauerlicherweise erneut deutlich vermindert werden, obwohl wichtige Zukunftsaufgaben (zum Beispiel im Umweltschutz, bei der Altlastensanierung, der Wohnumfeldverbesserung, Abwasserbeseitigung) auf Initiativen warten.

Nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Bremen sollte Bonn endlich die finanzwirtschaftlichen Realitäten vor Ort zur Kenntnis nehmen. Mit Steuerreformplänen im Wolkenkuckucksheim kann sich niemand mehr zufrieden geben.

(-/5.10.1987/rs/ks)

* * *



Das Grenzland wird abgehängt

Der Freistaat Bayern legt den Mantel des Schweigens über eine Problemregion

Von Willibald Moser MdL
Grenzlandpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Mit Beginn der neuen Wahlperiode haben sich nicht automatisch die Probleme des Grenzlandes erledigt. Im Gegenteil - zu den bekannten Strukturproblemen mit all ihren Folgen für die Arbeitsplätze und die Bürger in den strukturschwachen Regionen des Freistaates Bayern sind neue Entwicklungen getreten, die raschestes Handeln gerade auch im Parlament erfordern: die bedrohliche Situation in der Mittleren Oberpfalz und die Stilllegungspläne der Bundesbahn im Personennahverkehr und bei den Güter-Bahnhöfen.

Daß die Staatsregierung diese Probleme nicht sieht, ist allgemein bekannt: sie bricht im alljährlichen Grenzlandbericht in Jubelrufe aus. Das Ausbluten des ländlichen Raumes, das Abwandern vor allem hochqualifizierter junger Menschen in die Ballungsräume, die immer weiter auseinanderklaffende Einkommensschere zwischen den Regionen des Freistaates werden geflissentlich vertuscht. Daran orientiert sich offenbar die CSU-Landtagsfraktion: Wo keine Probleme sind, besteht auch kein Beratungs-, geschweige denn Handlungsbedarf.

Angesichts der eigenen Defizite haben die CSU-Grenzlandpolitiker offenbar wenig Lust, sich mit unseren Alternativen zu beschäftigen. Dabei wären Themen wie Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzsituation, Behördenverlagerungen, Versuche der Bundesregierung, die Grenzlandförderung einzuschränken, Ausbaustand der Staatsstraßen, Situation der Notärzte im ländlichen Raum, ein Hilfsprogramm für die Mittlere Oberpfalz und die Rückzugspläne der Bundesbahn aus der Fläche im Personen- und Güterverkehr meiner Meinung nach durchaus Themen, die den strukturschwachen Regionen des Freistaates in Franken und Ostbayern etwas bringen würden.

Doch bei unseren Themen geht nichts voran. Eine ganze Reihe von unseren Initiativen schlummern irgendwo, weil sie angeblich noch nicht beratungsreif sind. Dort werden sie auch weiter ruhen, befürchte ich, weil die Staatsregierung keine Antworten weiß oder weil die CSU abwartet, bis diese Anträge von der Entwicklung überholt sind.

Für die CSU-Fraktion scheinen die vielen ungelösten Probleme kein Anlaß zu sein, aktiv zu werden. Sie hilft der Staatsregierung, über alles, was nicht in das schöne Bild paßt, den Mantel des Schweigens zu breiten.

Wir Grenzländer in der SPD-Fraktion verstehen uns als Anwalt unserer Heimat und ihrer Menschen. Wir werden weiterhin die Benachteiligung des Grenzlandes aufdecken und um Unterstützung zur Lösung der Probleme werben. Wir informieren uns vor Ort und setzen die gewonnenen Erkenntnisse in Parlamentsinitiativen um. Denn dem Grenzland hilft nur, wer seine Probleme nicht verdrängt, sondern verdeutlicht.

(-/5.10.1987/rs/ks)

* * *



Mieten steigen weiter

Die Behauptung, die Wohnungsmarktp Probleme seien gelöst, hat keine Grundlage

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die gegenwärtige Ruhe in der Mietendiskussion ist trügerisch. Die trotz drastischen Rückganges der Preise für Mineralöl und Mineralölprodukte feststellbaren Steigerungen der Lebenshaltungskosten sind zu einem großen Teil auf Mieterhöhungen zurückzuführen.

Während der Preisindex für die Lebenshaltungskosten zwischen Juni 1986 und Juni 1987 geringfügig und ohne Berücksichtigung von Öl und Benzin um 0,6-Punkte gestiegen ist, bleibt er bei einer Herausrechnung der Mieten praktisch konstant. Die Mieten selbst sind um circa zwei Prozent gestiegen, wobei aufgrund methodischer Unzulänglichkeiten des Indexes davon auszugehen ist, daß vor allem in den Großstädten mit großer Wohnungsnachfrage die tatsächliche Steigerungsrate die Zahl von zwei Prozent deutlich übersteigt. Diese Tendenz wird aus der Wohnungswirtschaft und von Beobachtern des Wohnungsmarktes bestätigt.

Man kann davon ausgehen, daß die realen Einkommensrückgänge der Jahre nach 1982 und das neue Mietrecht, das Mieterhöhungen erleichtert, zu einer allgemeinen Zurückhaltung bei den Nachfragern geführt haben. Da jetzt schon die Entwicklung der Mieten der allgemeinen Preisentwicklung weit vorausläuft, ist bei einer Belebung der Nachfrage mit einer starken Mietenbewegung zu rechnen. Diese Entwicklung wird verstärkt durch den Tiefstand der Bautätigkeit. Vor allem die Baugenehmigungen für Wohnungen verzeichnen nach wie vor von Monat zu Monat neue Negativrekorde und haben einen historischen Tiefstand erreicht.

Es ist absehbar, daß sich die öffentlich konstatierte Lösung der Wohnungsmarktp Probleme als Scheinlösung herausstellt und neue Probleme auftreten werden.

(-/5.10.1987/rs/ks)



Ein Versuch, die braunen Schatten auszulöschen

Zu Äußerungen des baden-württembergischen Kultusministers

Von Ulrich Maurer MdL
Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg

„Die Chaoten in Berlin, in der Hafestraße in Hamburg und in Wackersdorf springen schlimmer herum als die SA jemals.“

Gerhard Mayer-Vorfelder, Kultusminister von Baden-Württemberg.

Oh nein, ein Philosoph ist unser Kultusminister gewiß nicht; das heißt nämlich nichts anderes als „Freund der Wissenschaften“. Und wenn ich ihn richtig einschätze, dann würde er eine solche Bezeichnung wohl fast als Beleidigung auffassen. Wissenschaft hat nach landläufiger Auffassung sehr viel mit dem Kopf zu tun und fast gar nichts mit dem Bauch.

Herrn Mayer-Vorfelder billige ich Verstand durchaus zu, auch wenn ich ihn anderswo orte als er selbst vielleicht. Er tut nichts unkalkuliert, kennt die Folgen seiner Worte sehr wohl, er ist ein strategischer Kopf.

Er hat mit voller Berechnung auch die goldene Brücke nicht betreten, die ihm von wohlmeinenden Zeitgenossen gebaut wurde. Es schien kurze Zeit, als könne und müsse man den rhetorischen Höhe- oder besser: Tiefpunkt jener Rede in Ehingen ins Kapitel „Ausrutscher“ einordnen, das bei ihm schon so prall gefüllt ist. Man streute - ihm zuliebe! - das Gerücht, es seien besondere Umstände gewesen, frei nach dem Motto, es gebe nicht nur eine Gnade der späten Geburt, sondern auch eine ebenso hilfreiche Gnade des späten Abends. Er aber bekannte sich später, als er mit dem Echo konfrontiert wurde, ausdrücklich zu seinen merkwürdigen Ausführungen.

Im Vollgefühl, das „gesunde Volksempfinden“ auf den Punkt getroffen zu haben, setzte er noch einen drauf. Er ließ es nicht bei jener fürchterlichen Geschichtsklitterung bewenden, sondern ergriff gleich die Gelegenheit, seine Kritiker als Sympathisanten von Kriminellen zu diffamieren, frei nach dem Motto: die Hausbesetzer sind schlimmer als die SA, und die Sozis sind die Freunde der Hausbesetzer!

Dieser Minister ist verantwortlich für die Erziehung und Bildung unserer Kinder, soweit sie sich außerhalb der Familie vollzieht. Ob der Herr Mayer-Vorfelder kraft seiner Person eine Vorbildfunktion für die Jugend Baden-Württembergs hat, kann man füglich bezweifeln. Das ist allerdings nicht der entscheidende Punkt. Entscheidend ist, daß Herr Mayer-Vorfelder der oberste Dienstherr aller Lehrer und vor allem auch aller Geschichts-, Gemeinschaftskunde- und Politiklehrer ist. Die ministerielle Sicht der Zeitgeschichte findet darüber hinaus Eingang in Lehrplankommissionen, Schulbuchzulassung, Lehrerfortbildung, Prüfungsinhalte, Anforderungsprofile, Beförderungskriterien und alles, was mit Lehren und Lernen zu tun hat. Und sie ist leider auch Gegenstand des vorausseilenden Gehorsams, der mit Druck und Angst erzeugt wird.

Das ist der Ausgangspunkt, von dem aus wir die Lage analysieren müssen. Bisher erging sich der Schulminister meistens in Peinlichkeiten, Geschmacklosigkeiten und verbalen Entgleisungen. Schon dies beeinflusste das Bildungswesen in nur schwer erträglicher Weise. Jetzt aber ist ein neues Kapitel aufgeschlagen: Der oberste Kultusbeamte des Landes Baden-Württemberg greift aktiv in den Historikerstreit ein. Denn das, was er mit seiner Gleichung bewirkt hat, ist haargenau das, was die Professoren Stürmer, Nolte, Hillgruber und so weiter - zugegeben: auf erheblich höherem Niveau - wissenschaftlich zu begründen versuchen: Es geht um die Entkriminalisierung der jüngsten deutschen Geschichte, um die Relativierung des Nationalsozialismus, um das Auslöschen der braunen Schatten. Primitiv ausgedrückt: Schluß mit der Nestbeschmutzung, wir sind ja schließlich wieder wer!



Es gibt viele Menschen in Deutschland, die von dieser Vergangenheit nichts mehr hören wollen. Dabei reicht die Bandbreite von denen mit dem schlechten Gewissen bis zu denen, die sich einfach nicht der Konfrontation mit dem Entsetzen der Massenvernichtung von Kindern, Frauen, Greisen und Männern aussetzen wollen. Dies ist schon schlimm genug. Aber auf dieser Einstellung eine populistische Mehrheitsstrategie aufzubauen, indem man dem Verdrängen und Vergessen das Wort redet, das ist widerwärtig!

Denn legen wir den Kern der ministeriellen Geschichtsinterpretation frei, dann stoßen wir auf folgende Argumentationskette: Auf der einen Seite besagt der Vergleich „Chaoten = SA“, daß in der Hamburger Hafenstraße - und natürlich auch im Frelburger Dreisameck oder im Landkreis Saulgau, wo der Herr Steuer „die Kerle fangen“ will - schon schlimme Typen hausen, mit denen man ganz anders hätte umgehen müssen als es der weichliche Dohnanyi tat. Aber das ist nur der eine Teil der Wahrheit. Der andere ist viel bedeutsamer: Natürlich weiß der Minister, wie rettungslos schief dieser Vergleich war und ist. Er weiß, daß selbstredend militante Hausbesetzer nicht einmal in die Nähe einer staatlich gelenkten Mörderschwadron gerückt werden dürfen. Er kennt die spezifische Rolle der SA spätestens, seit ihm seine Referenten insoweit Nachhilfeunterricht erteilt haben. Und jetzt hält er gleichwohl an diesem Vergleich fest! Dies kann er nur, wenn er hiermit vorsätzlich den himmelweiten Unterschied der beiden Gruppierungen einebnet, wenn er also seine schiefe Vergleichsebene begründet.

Und da liegt des Pudels Kern: Die Hamburger Chaoten kann man heute ganz gut einschätzen. Unsere Medienwirklichkeit führt dazu, daß deren Aktionen jeden Abend und Morgen in Bild und Wort frei Haus geliefert werden. Über die SA kann man bestenfalls nachlesen, wenn man sich überhaupt dafür interessiert. Nun bekommt die Gleichung einen neuen, fatalen Sinn: Wenn die Chaoten schlimmer sind als die SA war, dann gilt das auch umgekehrt, dann war also auch die SA nicht so schlimm wie es heute die Chaoten sind, oder ein bißchen semantisch verändert: Die waren auch nicht schlimmer.

Wer aber war denn die SA? Das waren Leute, die Juden, Sozialdemokraten und andere politische Gegner auf jede nur erdenkliche Weise gequält, erniedrigt und totgeschlagen haben, eine nach Hunderttausenden zählende paramilitärische Organisation zur Verbreitung von Angst, Schrecken und Terror.

Das ist Geschichtsklitterung nach Art eines Kultursministers. Dabei wird er gar kein Unrechtsbewußtsein haben, denn seit der „Wende“ in Bonn wird das neue deutsche Geschichtsgefühl, wenn auch sonst viel feiner verkläusuliert, zum Programm gemacht. Unsere begnadeten Historiker im Bonner Kabinett haben den Boden dafür bereitet, daß jetzt selbst solche Grobschlächtigkeiten wie die des Herrn Mayer-Vorfelder achselzuckend hingenommen werden. Man kann die Vergangenheit nicht abschaffen, nicht verdrängen, nicht vergessen, dann geht man eben dazu über, sie zu verniedlichen und zu beschönigen. Wenn die SA halt auch „nur eine Chaotentruppe“ war - wie war es dann mit der SS? Und Treblinka, Auschwitz, Bergen-Belsen? Traurig, traurig, aber so etwas kommt eben vor, und überhaupt hat der Stalin ja auch...

Dies ist die neue Strategie der Vergangenheitsbewältigung: Vergleichen und Relativieren.

Wir kennen alle den Hang dieses Ministers zum Nationalismus und damit sein Motiv. „Die selbstbewußte nationale Identität“ ist es, die er fördern möchte, mit allen Mitteln. Dafür mag er politisch kämpfen, auch in der CDU, obwohl ich mir eine andere Heimat für ihn weit eher vorstellen könnte. Schlimm genug, daß er sogar auf Zuspruch bei vielen Menschen zählen kann, die auf diese verquollene Ideologie abfahren - ein Zeichen dafür, daß die Deutschen wahrlich noch nicht immun sind gegen jenen Chauvinismus, der eine wesentliche Wurzel für den Faschismus deutscher Prägung darstellte.

Aber nicht nur schlimm, sondern unerträglich ist es, daß der Politiker Mayer-Vorfelder sich nicht hiermit begnügt, sondern sein Amt mißbraucht. Er versucht, kraft seiner Autorität als oberster Dienstherr des gesamten Schulbetriebs sein verzerrtes, einseitiges und gefährliches Weltbild in die Köpfe zu bringen. Solange er reden und wirken kann, wie es ihm beliebt, solange sind alle Abgrenzungsversuche der CDU und der Landesregierung nach rechts nicht glaubwürdig.

Wir nehmen mit Interesse zur Kenntnis, daß Herr Mayer-Vorfelder bei der Wahl des CDU-Landesvorstands die dritthöchste Stimmenzahl erhalten hat. Ich kann aber vor der Illusion nur warnen, sie könnten mit solchen Leuten und solchen Reden die Republikaner oder die Deutsche Volksunion niederhalten. Es gilt das Gegenteil: Mayer-Vorfelder schafft genau das Klima, in dem sich rechtsradikale Gruppierungen ausbreiten. Ich habe dies in den letzten Tagen selbst erfahren müssen. Mein Briefkasten ist voll von anonymen Mitteilungen alter und neuer Nazis. (-/5.10.1987/rs/ks)

* * *

